

Ausschuss für Inneres und Sport

(36. - öffentliche - Sitzung am 22. November 2018)

Beratungsthemen:

1. *(zusätzlicher Tagesordnungspunkt)*

Beschlussfassung über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung zur versehentlichen Übersendung vertraulicher Unterlagen durch die Polizeidirektion Görlitz an Rechtsanwalt Sven Adam, Göttingen, sowie Speicherung von Daten eines Journalisten im System INPOL und dessen mutmaßliche Beobachtung durch den Staatsschutz

Der Ausschuss beschloss, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2022](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Er beschloss, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Angehört werden sollen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sowie von Mehr Demokratie e. V.

3. **Zeitgemäße Vorschriften: Tätowierungen für niedersächsische Polizeivollzugsbeamte zulassen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1992](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

4. **Die Anzahl der erfolglosen Abschiebeversuche reduzieren**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2033](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

5. **Land muss seiner Verantwortung gegenüber Landesbeamten gerecht werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2024](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der Grünen und der FDP, zunächst die Mitberatung durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen abzuwarten. Er nahm in Aussicht, im weiteren Verlauf der Beratung die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten sowie Vertreter des NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuhören.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/149](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 10 mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstatterin (schriftlicher Bericht): Abg. Dunja Kreiser (SPD).

Außerhalb der Tagesordnung:

Ehrenamt stärken - Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handhabbar machen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1536](#)

Der Ausschuss hatte in seiner 30. Sitzung am 20. September 2018 beschlossen, eine Anhörung durchzuführen und in der 32. Sitzung am 11. Oktober den Kreis der Anzuhörenden festgelegt. Er einigte sich nun darauf, die Anhörung für den 10. Januar 2019 vorzusehen.